



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 15. Juli 2021

Antrags-Nr. 21-F-69-0003

Dem Verkehrschaos entgegenwirken - Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 23.06.2021 -

Seit Freitag, dem 18. Juni 2021, 17:00 Uhr befindet sich Wiesbaden im verkehrlichen Ausnahmezustand. Die notwendig gewordene Sperrung der Salzbachtalbrücke ist für die Stadt Wiesbaden und ihren Verkehr höchst problematisch, da nicht nur der motorisierte Individualverkehr von der Sperrung betroffen ist, sondern auch der öffentliche Personennahverkehr. Die Sperrung der Salzbachtalbrücke ist nicht die erste Brückensperrung, die Wiesbaden ereilt. Bereits 2015 führte die Sperrung der Schiersteiner Brücke zu einem Verkehrschaos. Aufgrund dessen sollte Wiesbaden schnellstmöglich aus der Vergangenheit lernen und Möglichkeiten finden, das Verkehrsmehraufkommen sinnvoll zu steuern und die Stadt Wiesbaden nicht im Verkehrschaos versinken zu lassen. Die Einrichtung eines Krisenstabs besetzt mit den wichtigen Stakeholdern ist ein erster und wichtiger Schritt, um eine Entlastung der angespannten Verkehrslage zu schaffen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. alle Information von der Autobahn GmbH zum Zustand der Salzbachtalbrücke anzufordern und diese der Öffentlichkeit vorzustellen.
- II. einen regelmäßigen Austausch zwischen Krisenstab und Öffentlichkeit sicherzustellen.
- III. zu prüfen und zu berichten, wie der Verkehr sinnvoll gesteuert werden kann und hierbei unvoreingenommen alle Optionen gleichwertig zu betrachten und zu evaluieren. Die vom Krisenstab bereits untersuchten Maßnahmen werden ausdrücklich begrüßt. Allerdings sollten weiterführende Maßnahmen, wie die Freigabe der Umweltspuren und des Rechtsabbiegens, sowie die Außerbetriebsetzung der sog. Pfortnerampeln, geprüft werden. Von Maßnahmen, die den fließenden Verkehr beeinträchtigen, wie z.B. Temporeduzierungen auf Hauptverkehrsachsen, sollte allerdings abgesehen werden. Oberstes Ziel aller Maßnahmen sollte die Sicherstellung des fließenden Verkehrsflusses sein.
- IV. zu berichten, welche Planungen zur alternativen Verkehrssteuerung bereits im Vorfeld der Sperrung für diesen Fall erstellt wurden.
- V. Konzepte vorzustellen, wie zukünftig auf Sperrungen von Hauptverkehrsknoten in Wiesbaden und Umgebung reagiert werden kann, um die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten.

Beschluss Nr. 0246

Der Magistrat wird gebeten,

- I. gestrichen
- II. einen regelmäßigen Austausch zwischen Krisenstab und Öffentlichkeit sicherzustellen.
- III. gestrichen
- IV. gestrichen
- V. Konzepte vorzustellen, wie zukünftig auf Sperrungen von Hauptverkehrsknoten in Wiesbaden und Umgebung reagiert werden kann, um die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten.

(antragsgemäß Ausschuss für Mobilität 01.07.2021 BP 0025)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2021
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2021
im Auftrag

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock